

Autor/-in: hade.
Seite: 18 bis 18
Rubrik: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

Jahrgang: 2024
Nummer: 16
Auflage: 158.605 (gedruckt)¹ 181.700 (verkauft)¹
185.009 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,891 (in Mio.)²

¹ IVW 3/2023

² AGMA ma 2023 Tageszeitungen

Hunderte Milliarden Euro Investitionen in Stromnetze nötig

Netzagentur will Betreiber effizienter regulieren

hade.

Frankfurt. Während große Teile des Gasnetzes bis 2045 nicht mehr genutzt und stillgelegt werden dürften, müssen die Betreiber der Stromnetze in den kommenden Jahren gewaltig aufrüsten. Was das kosten könnte, ließ die Bundesnetzagentur am Donnerstag in einer Pressekonferenz erkennen. Investitionen im „niedrigen dreistelligen Milliardenbereich“ müssten allein die Verteilnetzbetreiber bis zum Jahr 2030 stemmen, sagte Vizepräsidentin Barbie Haller. Auf die vier Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz, Amprion, Tennet und Transnet BW kämen bis dahin noch höhere Summen zu.

Damit würden sich die nötigen Investitionen in die Stromnetze noch einmal vervielfachen. Die Behörde hofft indes darauf, dass der Netzausbau die Redispatch-Kosten für die Abregelung von Erneuerbaren mittelfristig senken wird und die Netzentgelte, welche die Verbraucher zahlen, deshalb nicht ganz so stark steigen müssen. Aktuell produziere das System „Kosten durch Langsamkeit“, sagte Behördenchef Klaus Müller. Die Investitionen in die Stromnetze haben sich in der vergangenen Dekade mehr als verdoppelt; im Jahr

2023 beliefen sie sich nach offiziellen Angaben auf 11,5 Milliarden Euro. Grund dafür ist, dass immer mehr Windräder, Solaranlagen, Wärmepumpen und Ladestationen für Elektroautos in die Netze eingebunden werden müssen. Damit die hohen Investitionssummen möglichst effizient eingesetzt werden, schlägt die Behörde nun neue Regeln vor, wie sie die monopolistischen Betreiber überwachen will. Die Regulierung solle „schneller und einfacher und vor allem weniger bürokratisch“ werden und gleichzeitig verlässliche Rahmenbedingungen bieten, sagte Müller bei der Vorstellung eines Eckpunktepapiers am Donnerstag. Diese habe sich „über die Jahre zu einem dem Steuerrecht vergleichbaren Regelungsdruck entwickelt“. Die seit Jahresbeginn mit noch mehr Kompetenzen ausgestattete Bundesnetzagentur legt unter anderem fest, wie viele Erlöse die Betreiber in Form von Netzentgelten erzielen dürfen. Daraus ergibt sich dann ein entsprechender Spielraum für Investitionen. Konkret sollen die Regulierungsperioden für Strom- und auch für Gasnetzbetreiber von fünf auf drei Jahre verkürzt werden. So sollen die Unternehmen gestiegene Kosten schneller gel-

tend machen können. Gleichzeitig soll Bürokratie reduziert werden, indem etwa Kapitalkosten und Umlaufvermögen pauschal bestimmt werden dürfen und der Katalog von dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten, die bislang jährlich ermittelt und angepasst werden müssen, reduziert wird.

Für Stromnetzbetreiber sollen zudem finanzielle Anreize zur Digitalisierung geschaffen werden. Gasnetzbetreiber sollen die Nutzungsdauer bei Abschreibungen verkürzen dürfen. So soll sichergestellt werden, dass sich ihre Netze amortisieren. Außerdem sollen sie Rückstellungen für die Kosten der absehbaren Stilllegung von Leitungen bilden dürfen. Die Netzagentur geht davon aus, dass dadurch mittelfristig Mehrkosten von bis zu 10 Euro je Monat auf die Gasnutzer zukommen könnten.

Müller betonte, Vereinfachung heiße immer auch, sich von „starker Einzelfallgerechtigkeit“ verabschieden zu müssen. Die Vorschläge seien deshalb nur der Auftakt zu einer „ergebnisoffenen Diskussion“. Im Jahr 2026 sollen die neuen Regeln stehen.

Verlags-Artikel-PDF: faz-19012024-018-003_article.pdf
Wörter: 430